



Timon Gremmels

Mitglied des Deutschen Bundestages

Kassel, 27. Januar 2023 | Ausgabe Nr. 122

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTSTADT UND DEM WAHLKREIS KASSEL

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

am vergangenen Wochenende haben wir mit einem festlichen Akt in Paris das 60. Jubiläum des Elysée-Vertrages zwischen Deutschland und Frankreich begangen. Damals wie heute gilt: Die Europäische Integration gelingt nur, wenn Deutschland und Frankreich gemeinsam vorangehen. Zusammenarbeit auf internationaler Ebene bleibt auch weiterhin gefragt – das zeigt nicht zuletzt der Krieg Russlands gegen die Ukraine.

An der Seite der Ukraine

Gemeinsam mit unseren internationalen Partner*innen haben wir weitreichende Sanktionen gegen Russland beschlossen. Und wo es geht, unterstützen wir die Ukraine finanziell, humanitär, diplomatisch und militärisch. Dabei lassen wir uns von drei Zielen leiten: Die Ukraine muss zur Selbst-

verteidigung fähig sein. Deutschland und die NATO dürfen nicht Kriegspartei werden. Und wir wollen im Gleichklang und in Absprache mit unseren Verbündeten handeln. Zugleich dürfen wir die letzten verbliebenen Brücken zu Russland aber nicht vollständig abbrechen, sondern müssen den Raum für Diplomatie offenhalten. Ich bin froh, dass die Verantwortlichen – allen voran Bundeskanzler Olaf Scholz – besonnen und wohlüberlegt alle Entscheidungen abwägen und mit unseren Partner*innen gemeinsam treffen.

Der Jahreswirtschaftsbericht

Als wir in dieser Woche über den Jahreswirtschaftsbericht und das Gutachten der fünf Wirtschaftsweisen berieten, wurde deutlich: Wir stehen weiter vor großen Aufgaben, denn die Energiekrise und die Inflation belas-

ten nach wie vor die Bürger*innen und die Wirtschaft. Diese Aufgabe können wir nur gemeinsam bewältigen – und zwar mit Entlastungen, die zielgenau sind und deren Kosten solidarisch finanziert werden.

Wahlrechtsreform

Nachdem wir in der letzten Woche den Vorschlag zum Wahlrecht intensiv beraten und mit einer breiten Mehrheit in der Fraktion beschlossen haben, begannen wir in dieser Woche nun mit der 1. Lesung die parlamentarischen Beratungen. Ein wichtiger Schritt! Wir wollen, dass der Bundestag bei seiner Regelgröße bleibt und keine Fraktion einseitig bevorzugt wird – und das stellen wir mit unserem Vorschlag sicher.

Euer





Der Opfer des Holocaust gedenken

#WeRemember – der 27. Januar 1945

In dieser Woche gedachten wir der Opfer des Holocaust – den ermordeten Jüdinnen und Juden, den Toten der Sinti und Roma, den verfolgten Homosexuellen. All jenen Millionen Menschen also, die unter der nationalsozialistischen Gewalt-herrschaft entrechtet, verfolgt und ermordet wurden – wegen ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihrer Meinung, ihrer sexuel-len Orientierung..

Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit dürfen in unserer Gesellschaft nie wieder Platz finden. Es ist unsere Verantwortung und Pflicht, die Würde aller Menschen und unsere freiheitliche Demokratie zu schützen und gegen Hass und Hetze, gegen Gewalt und jede Form von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit zu verteidigen.

Die industrielle Vernich-tung von Menschen ist ein beispielloses Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Am 27. Januar 1945 wur-den die Überlebenden im KZ Auschwitz befreit. An-lässlich dieser Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau am 27. Januar 1945 gedenkt der Deutsche Bundestag jedes Jahr den Opfern des Nationalsozialis-mus – auch in diesem Jahr wieder mit einer Gedenk-stunde im Bundestag.

Im Mittelpunkt standen in diesem Jahr Menschen, die wegen ihrer sexuellen Ori-entierung oder geschlecht-lichen Identität als „asozial“ abgestempelt wurden und dem nationalsozialistischen Regime zum Opfer gefallen sind. Wir gedachten den homosexuellen Verfolgten und allen anderen Opfern der Nazis am Freitag, um so die gemeinsame Erinnerung an sie wachzuhalten. Denn wir dürfen und werden die Opfer des Nationalsozialismus niemals vergessen.



Foto © Deutscher Bundestag; Inga Haar



Wahlrechtsreform

Wir verkleinern den Bundestag

In den vergangenen 20 Jahren ist der Bundestag immer größer geworden. Damit das Parlament arbeitsfähig bleibt, werden wir es deutlich verkleinern. Zur Änderung des Wahlrechts berieten wir in dieser Woche in 1. Lesung den Gesetzentwurf von uns als Ampelkoalition.

Unser Vorschlag für eine Reform des Wahlrechts legt die Zahl von 598 Abgeordneten verbindlich fest. Künftig soll es keine Überhang- und damit auch keine Ausgleichsmandate mehr geben, die bislang zu einem immer größer werdenden Bundestag führten. Die Sitzverteilung im Bundestag entspricht damit gesichert dem Zweitstimmenverhältnis der Parteien zueinander. Der Grundsatz der personalisierten Verhältniswahl bleibt bestehen.

Der Vorschlag sieht vor, dass Wahlkreismandate nur gewonnen werden, wenn nach dem Ergebnis der Verhältniswahl der Partei für das jeweilige Land genügend Sitze zur Verfügung stehen. Jede*r Wähler*in hat weiterhin zwei Stimmen: Die Zweitstimme wird zukünftig

„Hauptstimme“ und die Erststimme „Wahlkreisstimme“ heißen. Eine zunächst diskutierte dritte Stimme (Ersatzstimme) wird es nicht geben. Außerdem bleiben die 299 Wahlkreise, die Fünf-Prozent-Hürde sowie die angepasste Grundmandatsklausel erhalten.

Unser Gesetzentwurf ist politisch mutig und inhaltlich radikal in seiner Einfachheit und Konsequenz. Und was besonders wichtig ist: Er betrifft im Ergebnis alle Fraktionen gleichermaßen.

Die Bereitschaft von uns Ampelfraktionen mit ihrer Mehrheit so eine wirksame Verkleinerung des Bundestags vorzunehmen, ist eine historische Chance. 16 Jahre lang ist es mit CDU/CSU an der Regierung nicht gelungen, die Zahl der Bundestagsabgeordneten zu reduzieren – auch weil sich die CDU immer in der Geiselhaft der CSU befand. Jetzt sind wir der Motor der Veränderung.

Wir verkleinern den Bundestag!

Keine Überhang- und
Ausgleichsmandate
mehr!

Stattdessen:
Eine feste Größe von



598
Abgeordneten





Jahreswirtschaftsbericht 2023

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Der Bundestag beriet in dieser Woche erstmals den Jahreswirtschaftsberichts 2023 zusammen mit dem Jahresgutachten 2022/23 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Der Sachverständigenrat hatte sein Jahresgutachten mit dem Titel „Energiekrise solidarisch bewältigen, neue Realität gestalten“ bereits Mitte November vorgelegt. Es enthält zudem den vierten nationalen Produktivitätsbericht, den der Sachverständigenrat als nationaler Ausschuss für Produktivität für Deutschland erstellt hat.

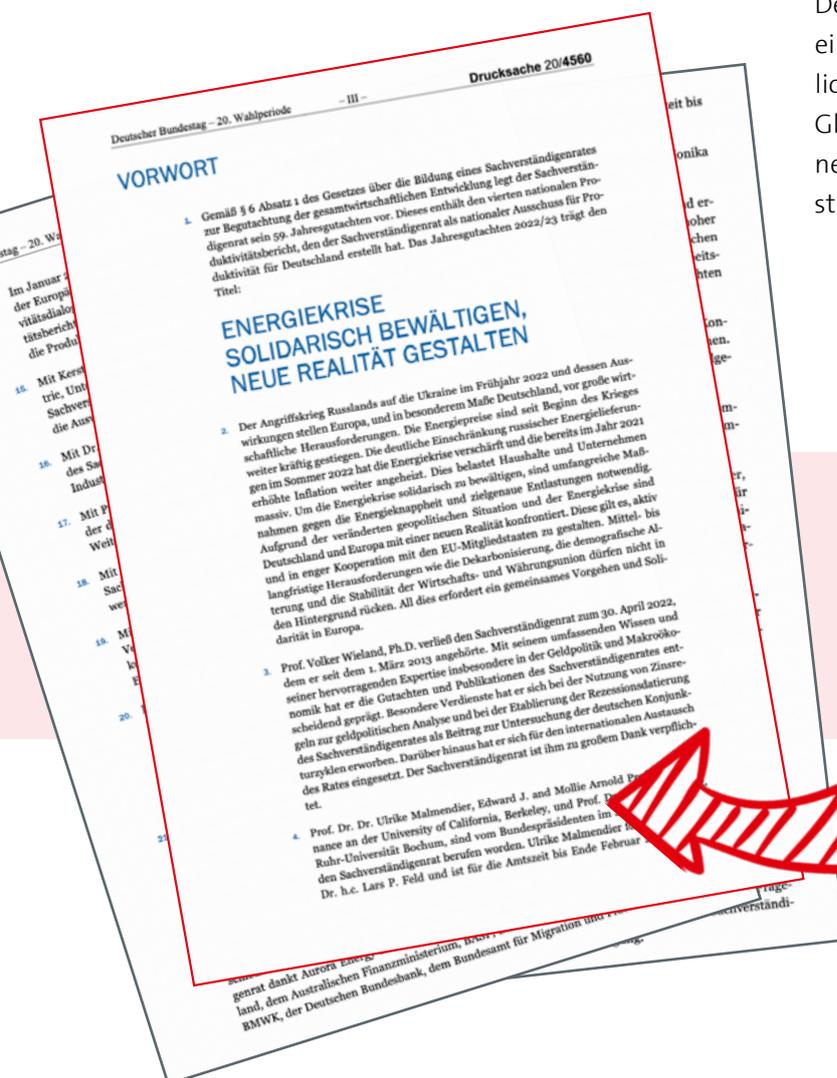
Laut dem Gutachten belastet der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und dessen Auswirkungen die Privathaushalte und Unternehmen massiv, zudem wird der konjunkturelle Ausblick deutlich eingetrübt. Weiteren Einfluss auf die wirtschaftliche Situation und Entwicklung haben die negativen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie sowie die andauernden Lieferkettenstörungen. Dies verlangsamt im Zusammenspiel mit spürbaren Fachkräftengpässen die konjunkturelle Erholung, so der Sachverständigenrat. Er hält fest, dass umfangreiche Maßnahmen gegen die Energieknappheit und zielgenaue Entlastungen notwendig sind, um die Energiekrise solidarisch zu bewältigen.

Wichtig bleibt, dass angesichts der europäischen Dimension der Energiekrise diese staatlichen Maßnahmen zur Entlastung und zur Sicherstellung der Energieversorgung weiter eng mit den europäischen Partnerländern abgestimmt werden.

Das Gutachten gibt einen Ausblick auf die mittelfristigen Herausforderungen für Deutschland und Europa und wie diesen begegnet werden kann. So fordern die Sachverständigen, die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion anzugehen, die Fachkräftesicherung durch Weiterbildung und Erwerbsmigration voranzubringen und die internationalen Abhängigkeiten zu reduzieren.

Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung wirft einen Blick auf das Jahr 2023 und analysiert die wirtschaftliche Entwicklung unter weiter schwierigen Bedingungen. Gleichzeitig werden Maßnahmen diskutiert, die die Unternehmen bei der Bewältigung der Herausforderungen unterstützen können.

[Hier das ganze Jahresgutachten 2022/23 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung lesen.](#)



Bericht zur Innovations- und Technologieförderung im Mittelstand

Programm für den innovativen Mittelstand erfolgreich

Der Bundestag debattierte in dieser Woche den Bericht der Bundesregierung über die Programme zur Innovations- und Technologieförderung im Mittelstand, insbesondere über die Entwicklung des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM).

Dem Bericht zufolge sind die privatwirtschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben im Jahr 2021 um rund sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dies liegt auch daran, dass die Nachfrage des innovativen Mittelstands nach Mitteln aus dem ZIM angestiegen ist. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte sich in der Vergangenheit dafür eingesetzt, dass die Mittel für das ZIM nicht gekürzt werden.

Jährlich werden im Rahmen des ZIM nach Angaben der Regierung rund 3.500 Forschungsvorhaben gefördert. Etwa ein Drittel davon weisen laut Bericht einen klaren Bezug zu ökologischen Innovationen auf. Die Regierung schließt daraus, dass die technologieoffene Förderung mit ihrem Bottom-up-Ansatz sehr stark auf die neuen Entwicklungen Digitalisierung und grüne Transformation einzahlt.



In ihrem Bericht stützt sich die Regierung unter anderem auf den Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit dem Titel „Innovation Policy Germany“ vom Oktober 2022, der Digitalisierung und Klimaschutz als prioritäre Herausforderungen benennt.

Um diesen zu begegnen, sollen unter anderem die agilen politischen Instrumente ausgeweitet, der Wissenstransfer verbessert und die öffentliche Beschaffung als Innovations-treiber verstärkt eingesetzt werden.



[Hier die den Bericht über die Programme zur Innovations- und Technologieförderung im Mittelstand, insbesondere über die Entwicklung des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand \(ZIM\) \(Fort-schrittsbericht für das Jahr 2021\) lesen.](#)



Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine

Militärische Unterstützung der Ukraine

Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland einen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Ein Krieg, der Unschuldige tötet, Wohnhäuser, Schulen und lebensnotwendige Infrastruktur zerstört. Die überwältigende Mehrheit der Bürger*innen in Deutschland fühlt mit den Ukrainer*innen, die ihr Land, ihre Freiheit und ihr Leben verteidigen. Der vom russischen Präsidenten Putin begonnene Krieg ist ein Angriff auf die europäische Friedensordnung. Er verstößt gegen das allgemein anerkannte Völkerrecht. Daher haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und viele weitere Staaten, insbesondere die USA, Kanada und Großbritannien, von Anfang an auf die Seite des angegriffenen Staates Ukraine gestellt.

Die Bundesregierung beobachtet und bewertet das Geschehen vor Ort gemeinsam mit den engsten Partner*innen sehr genau. Sie nimmt Lageeinschätzungen vor, die Grundlage sind für das weitere, aufeinander abgestimmte Handeln. Parallel dazu spricht der Bundeskanzler immer wieder mit dem russischen Präsidenten und fordert ihn auf, seinen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine einzustellen.

Deutschland unterstützt die Ukraine

Deutschland unterstützt die Ukraine im großem Umfang. Die Bundesrepublik ist nach den USA der größte finanzielle Unterstützer des Landes. Und auch in Hinblick auf die militärische Unterstützung der Ukraine in ihrer Abwehr gegen den russischen Aggressor gehört Deutschland zusammen mit Großbritannien und nach den USA zur Spitzengruppe. Allein im vergangenen Jahr hat die Bundesrepublik die Ukraine mit mehr als zwölf Milliarden Euro an Finanzhilfen unterstützt. Die militärische Hilfe beläuft sich auf mehr als zwei Milliarden Euro. Der Bundeskanzler hat wiederholt gesagt, dass Deutschland die Ukraine unterstützen wird, so lange dies nötig sein wird. Gemeinsam mit der Europäischen Union und den G7-Partnern wurden außerdem in mehreren Runden weitreichende Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen Russland verhängt, um die russische Industrie zu treffen und so vor allem die Produktion von Waffen zu verhindern und Russlands Führung zur Vernunft zu bringen.

Die drei Grundsätze der Ampel-Koalition

Mit Beginn des Angriffskrieges hat die Bundesregierung entschieden, die jahrzehntelange Tradition zu beenden, keine Waffen in Kriegsgebiete zu senden. Dies war nötig, um gemeinsam mit den Partner*innen die Ukraine in die Lage zu versetzen, sich gegen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands zu verteidigen.

Die SPD-geführte Bundesregierung folgt von Beginn des Ukraine-Kriegs einer klaren Linie mit den folgenden drei Prinzipien:

- 1** Wir stehen eng an der Seite der Ukraine und unterstützen sie nach Kräften.
- 2** Die Nato oder Deutschland dürfen nicht Kriegspartei werden, denn eine direkte Konfrontation mit Russland hätte unvorhersehbare Konsequenzen für die Welt.
- 3** Deutschland macht keine nationalen Alleingänge, sondern stimmt sich eng mit seinen Bündnispartnern ab – allen voran mit den USA.

Anfangs bestanden die deutschen Waffenlieferungen aus schultergestützten Boden-Luft-Raketen und Panzerabwehrwaffen. Im April wurde angesichts des weiteren schweren Kriegsverlaufs gemeinsam mit den Partner*innen entschieden, weiterreichende Artillerie und Flugabwehr-Waffen zu liefern, die Panzerhaubitze 2000 und den Flugabwehr-Panzer Gepard. Im Frühsommer beschloss Deutschland gemeinsam mit den USA und Großbritannien, an die Ukraine Mehrfach-Raketenwerfer sowie das moderne Flugabwehr-System Iris-T zu übergeben – damit kann sich die Ukraine der Angriffe erwehren und seine Hauptstadt und die Zivilbevölkerung vor Luftangriffen schützen. Nachdem Russland den Krieg durch die Angriffe auf die Infrastruktur – vor allem die Strom- und Wärmeproduktion – ausgeweitet hat, haben die USA, Deutschland und Frankreich zu Jahresbeginn die Lieferung von westlichen Schützenpanzern und geschützten Truppentransportern sowie von Flugabwehr-Systemen vom Typ Patriot für das erste Quartal dieses Jahres angekündigt.

Fortsetzung auf der nächsten Seite >>>



Fortsetzung: Militärische Unterstützung der Ukraine

Der nächste Schritt

Mit der Entscheidung vom 25. Januar 2023 geht die internationale Ukraine-Hilfsallianz qualitativ den nächsten Schritt und wird nun auch erstmals Kampfpanzer aus westlicher Produktion zur Verfügung stellen. Schon zuvor hatten Deutschland und die USA mit anderen Partnern im Wege eines „Ringtausches“ ermöglicht, dass Schützen- und Kampfpanzer aus sowjetischer und post-sowjetischer Herstellung für die Ukraine zur Verfügung gestellt werden. Die Verfügbarkeit dieser Systeme hat durch die Kriegshandlungen inzwischen stark abgenommen.

Gleichzeitig hat Russland viele neue Soldaten rekrutiert, die jetzt ausgebildet und an die Front gebracht werden. Glaubhaften Berichten zufolge steht eine russische Frühjahrsoffensive bevor. All dies führt dazu, dass der Bundeskanzler nun in enger Abstimmung mit anderen Staats- und Regierungschefs entschieden hat, dass dieser Schritt notwendig und verantwortbar ist. Dem Bundeskanzler war es wichtig, dass die Verbündeten diesen Schritt gemeinsam gehen – wie alle Schritte bisher auch. So werden nun sinnvolle und umfangreiche Rüstungslieferungen für die Ukraine zusammengestellt.

Die Lieferungen

Sehr zügig sollen zwei Bataillone (insgesamt ca. 80 Kampfpanzer) vom Typ Leopard-2 geliefert werden. 14 Kampfpanzer davon sollen aus Beständen der Bundeswehr kommen.

Befreundete europäische Staaten haben angekündigt, Leopard-2-Panzer aus ihren Beständen beizusteuern. Entsprechende Re-Export-Genehmigungen dieser Staaten wird die Bundesregierung jeweils zügig erteilen.

Frankreich erwägt, Kampfpanzer vom Typ Leclerc bereit zu stellen. Großbritannien hat angekündigt, 14 Panzer vom Typ Challenger 2 an die Ukraine übergeben zu wollen. Die

USA sollen überlegen, Kampfpanzer M1 Abrams in nicht unerheblicher Zahl zu liefern – wie das Wall Street Journal berichtet.

Presse: Fuldaer Zeitung | Mittwoch, 25.01.2023



TIMON GREMMELS (SPD): KEINE ALLEINGÄNGE MIT KAMPFPANZERN

In Zeiten eines Krieges in Europa erfordert Politik ein Maximum an Klarheit und Vernunft. Alleingänge mit schweren Kampfpanzern wie den Leopards gehören nicht dazu. Deutschland hat im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Regierungen eine Vielzahl von militärischem Gerät zur Selbstverteidigung an die Ukraine geliefert. Auch in Zukunft werden wir an einer breit abgestimmten Lieferpraxis festhalten. Eine enge Abstimmung mit unserem transatlantischen Partner ist für ein belastbares Ende des Krieges in der

Ukraine elementar. Alles andere wäre fahrlässig.

Man darf aber nicht vergessen, dass die Führungsrolle Deutschlands in der umfassenden Unterstützung der Ukraine in vielen Feldern besteht, nicht nur im Militärischen. Mit einer verantwortungsvollen Politik tragen wir dazu bei, einen neuen Kalten Krieg zu verhindern.

Timon Gremmels kommt aus Kassel und ist der Betreuungsabgeordnete für den Wahlkreis Fulda.

Die Ukraine unterstützen wird, so lange es nötig ist

Es bleibt die Überzeugung von SPD, Grünen und der FDP, dass Russland seine Angriffe unverzüglich einstellen, alle Truppen zurückziehen und zu glaubwürdigen Friedensgesprächen bereit sein muss. Bis Präsident Putin dies erkennt, wird Deutschland die Ukraine weiter darin unterstützen, sich zu verteidigen und bestmöglich Leib und Leben ihrer Bürger*innen zu schützen.



KURZ

NOTIERT

1 Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik gestärkt

Neben klassischer Diplomatie und Außenwirtschaftspolitik ist die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) die dritte Säule der deutschen Außenpolitik. Über die AKBP leistet die Bundesregierung auch einen Beitrag zur Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte und hilft, verfolgte Kulturschaffende zu schützen.

Nun hat die Bundesregierung den Bericht über die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Jahr 2021 vorgelegt, der in dieser Woche im Bundestag beraten wurde. 2021 war insbesondere geprägt von der Corona-Pandemie, der Klimakrise und den Entwicklungen in Belarus und Afghanistan. Für die Aufgaben und Ziele der AKBP standen 2021 insgesamt 2,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Auch dank der parlamentarischen Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion entfielen 1,3 Milliarden Euro davon auf den Einzelplan des Auswärtigen Amtes. Mit einem Großteil der Mittel werden Mittlerorganisationen wie beispielsweise das Goethe-Institut oder der Deutsche Akademische Austauschdienst gefördert.

2 „Stiftung Unabhängige Patientenberatung“ geplant

Seit 2001 können Patient*innen und Verbraucher*innen Beratung und Informationen zu gesundheitlichen und rechtlichen Fragen bei der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD) erhalten – unabhängig davon, ob sie gesetzlich, privat oder nicht krankenversichert sind. Die UPD beantwortet Fragen telefonisch, online oder vor Ort beispielsweise zum Krankengeld, zu Medikamenten oder Operationen. Die Beratung ist unabhängig und kostenfrei. Patient*innen sollen so in die Lage versetzt werden,

ihre Rechte eigenständig wahrzunehmen sowie selbstbestimmte und informierte Entscheidungen zu treffen.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, den wir in dieser Woche in 1. Lesung beraten, sieht vor, die Unabhängige Patientenberatung neu zu strukturieren und ihre Arbeit zu verstetigen. Dazu soll eine neue Stiftung bürgerlichen Rechts gegründet werden: Die „Stiftung Unabhängige Patientenberatung“. Mit diesem Schritt wird eine Vorgabe des Koalitionsvertrages umgesetzt und für die UPD eine unabhängige, staatsferne und dauerhafte Struktur geschaffen, über die langfristig Gelder für die Information und Beratung von Patient*innen bereitgestellt werden können. Es ist vorgesehen, dass der Spitzenverband Bund der Krankenkassen und die privaten Krankenversicherungsunternehmen die laufende Arbeit der Stiftung finanzieren. Der Entwurf stellt sicher, dass weder die gesetzliche noch die private Krankenversicherung Einfluss auf die Tätigkeit der Stiftung nehmen kann, das heißt, sie ist unabhängig.

Die Mitglieder des Vorstands der Stiftung sollen im Einvernehmen von den maßgeblichen Patient*innen-Organisationen vorgeschlagen werden, also solche Organisationen, die sich für die Interessen von Patient*innen und die Selbsthilfe chronisch kranker und behinderter Menschen einsetzen. Ein Stiftungsrat, bestehend aus verschiedenen Vertreter*innen aus den Bereichen Gesundheitswesen, Patientenvertretung, Bundesregierung und Parlament, unterstützt und beaufsichtigt den Stiftungsvorstand. Beraten werden Stiftungsvorstand und Stiftungsrat durch einen wissenschaftlichen Beirat, der die Expertise aus unterschiedlichen Fachrichtungen vereint.

Praktikum im Bundestagsbüro

Dorud!, Man Saleh Hastam!

Mein Name ist Saleh und ich mache mein Praktikum in Timons Bundestagsbüro. Momentan studiere ich den Masterstudiengang „Globale politische Ökonomie und Entwicklung“ an der Universität Kassel, nachdem ich zuvor einen Bachelor-Abschluss in Wirtschaftswissenschaften und einen Master-Abschluss in Energiesicherheit und Umwelt in internationalen Beziehungen gemacht habe.

Warum hast Du Dich für ein Praktikum in Timons Bundestagsbüro beworben?

Timon ist u.a. Mitglied des Klimateams und im Bereich der erneuerbaren Energien aktiv, das passt sehr gut zu meinem Studium, bei dem sich auch um den Energiesektor dreht.

Darüber hinaus finde ich die Kombination aus Berlin und dem Bundestag aufregend. Zumal der Deutsche Bundestag ein interessanter Ort der Vielfalt ist. Hier kann ich viele Eindrücke sammeln, wie das politische System Deutschlands funktioniert und wie die Entscheidungen in den verschiedenen Bereichen getroffen werden.

Was findest Du am spannendsten am Deutschen Bundestag bzw. an der Arbeit eines Bundestagsabgeordneten?

Sehr gut finde ich die Transparenz des deutschen politischen Systems und wie die Menschen die Aktivitäten der Politiker verfolgen können – z.B. wird ja jede Debatte im Plenum online und live auf der Website des Bundestags gestreamt. Es ist wirklich immer großartig zu sehen, wie die Demokratie funktioniert. Vor allem, da ich im Iran und dann in der Ukraine gelebt habe, die ich aufgrund der russischen Invasion verließ und nach Deutschland kam.

Was war das bisherige Highlight deines Praktikums?

Einer der interessantesten Momente bisher war der Besuch des Plenums und die Beobachtung der Debatten zwischen den Abgeordneten der verschiedenen Parteien.



Timon hat mich auch bereits zu einigen Treffen mitgenommen – z.B. zur Sitzung der SPD-Fraktion oder jenem der hessischen Landesgruppe, deren Vorsitzender er ist. Dabei war es für mich großartig zu sehen, wie sehr sich alle um die aktuellen Probleme kümmern und hart daran arbeiten, die aktuellen Herausforderungen gemeinsam zu lösen.

Fortsetzung auf der nächsten Seite >>>



Fortsetzung: Dorud!, Man Saleh Hastam!

Worauf freust Du Dich noch während Deines Praktikums: Was möchtest du gerne noch sehen oder erleben?

Der Deutsche Bundestag und besonders das Programm für Praktikant*innen gibt mir die Möglichkeit, einige wichtige Orte zu besuchen, z.B. das Bundeskanzleramt. Ich freue mich darauf, in den kommenden Wochen auch einige Ministerien und weitere Orte zu besuchen

AUSBILDUNG

Seit 29.03.2022 | **Kassel**

Global Political Economy and Development
Master-Studiengang – Universität Kassel

29.08.2021 – 15.12.2022 | **Kiew**

Internationale Beziehungen - Umwelt und Energiesicherheit
Master-Abschluss – Taras Shevchenko National University of Kyiv

31.08.2020 – 30.08.2021 | **Kharkiv**

Einführungskurse
A.N. Beketov Kharkov National University of Urban Economy

20.09.2014 – 28.08.2020 | **Isfahan**

Wirtschaft
Bachelor-Abschluss – University of Isfahan

POLITISCHES ENGAGEMENT

22.07.2019 – 21.07.2020 | **Isfahan**

Leiter des politischen Ausschusses der Studierendenvereinigung
der Universität Isfahan

30.06.2019 – 20.08.2020 | **Isfahan**

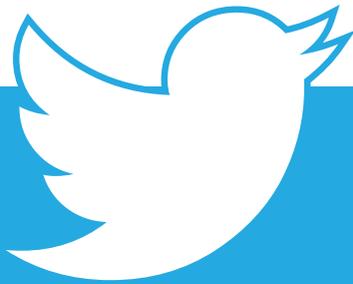
Mitglied des Kulturrats der Universität von Isfahan

Bist du in deiner Freizeit selbst auch politisch aktiv?

Als studentische Aktivist habe ich im Iran eine politische Studierendenvereinigung geleitet und mich politisch engagiert. Als ich dann in die Ukraine zog, konnte ich mich dort leider nicht politisch engagieren.

Hier in Deutschland jedoch hatte ich wieder die Möglichkeit dazu, politisch aktiv zu sein. Ich wurde in Kassel Mitglied der SPD und wurde von den Genoss*innen und den Kasseler JUSOS willkommen geheißen. So habe ich nun die Möglichkeit, meine Meinung frei zu äußern und mich frei an der Politik zu beteiligen. Ich bin froh, dass ich mich hier in Deutschland politisch engagieren kann und mich so für eine gute Zukunft einsetzen kann.

Solch ein politische System ist so wahnsinnig wertvoll! Die Menschen müssen dies verstehen und verinnerlichen, vor allem aber diese Demokratie und Freiheit schützen!



Tweet der Woche

Regelmäßig kommentiere ich das politische Geschehen bei Twitter. Ab und an gibt es auch ein paar besonders interessante Tweets, die ich Euch an dieser Stelle nicht vorhalten möchte.

Diesen und weitere Tweets findet Ihr unter:

https://twitter.com/Timon_Gremmels

fb.com/TimonGremmels
 instagram.com/gremmels
 twitter.com/Timon_Gremmels
 linkedin.com/in/timon-gremmels



Grafik © Rawpixel.com (via Freepik)

Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis
Bildergalerie



60 Jahre deutsch-französische Freundschaft

Vergangene Woche Sonntag bin ich nach Paris gereist – zur Veranstaltung des Deutschen Bundestags und der Assemblée Nationale anlässlich des 60-jährigen Jubiläums des Elysée-Vertrags. Die Delegationen des Bundestags und der französischen Nationalversammlung haben in der altherwürdigen Universität Sorbonne diesen 60. Jahrestag gewürdigt. Die Präsidentinnen beider Parlamente, der deutsche Kanzler sowie der französische Präsident betonten dabei vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen die Bedeutung des deutsch-französischen Motors für Frieden und Freiheit auf dem europäischen Kontinent.





Unterwegs in Berlin, Nordhessen & dem Wahlkreis

Bildergalerie



Das Neujahrstreffen der IGBCE – Bezirk Kassel

Ich werde immer wieder gefragt, warum ich meine Bundestagsreden mit dem Bergmannsgruss „Glück auf“ beende, wir hätten doch gar keine Kohlebergbau in Nordhessen. Das stimmt!

Dafür haben wir hier aber eine starke Kaliförderung mit großem Organisationsgrad der Bergleute in der IGBCE. Diese hielt vergangene Woche Samstag ihren Neujahrsempfang in Schenklingensfeld. Mit dabei der Thüringer Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee und mein Landtagskollege Florian Schneider.



Beim Neujahrsempfang des SPD-Ortsvereins Lohfelden

Coronabedingt wurden vergangene Woche Freitag die Ehrungen der letzten drei Jahre nachgeholt – beim Neujahrsempfang der SPD in Lohfelden. Danke an alle Geehrten für ihr jahrzehntelanges Engagement für die Sozialdemokratie in Lohfelden!



Timon Gremmels

📍 Humboldtstraße 8A | 34117 Kassel ☎ 0561 – 700 10 52
✉ buero@timon-gremmels.de 📺 TimonGremmels
🏠 www.timon-gremmels.de 📷 @gremmels